



Tunnelgegner drohen mit Bürgerbegehren

Initiative sucht Mitstreiter, um den Südring notfalls per Plebiszit als zweite Stammstrecke durchzusetzen

Von Dominik Hutter

Die Gegner der zweiten S-Bahn-Röhre lassen nicht locker: Sollte der Stadtrat weiterhin auf Tunnelkurs bleiben, wollen die Befürworter des Südrings noch im Juni mit der Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren beginnen. "Wir heben bereits diverse Mitstreiter gefunden", berichtet Thomas Kantke, der zusammen mit Stefan Baumgartner und Dietz-Ulrich Schwarz in Privatinitiative ein Konzept für einen Teilausbau des Südrings erarbeitet hat. Mithelfen wollten etwa die tunnelkritische Bürgerinitiative in Haidhausen sowie Umwelt- und Verkehrsverbände. In den nächsten Wochen nehmen die Südringstreiter zudem Kontakt mit den Stadtratsfraktionen von Grünen und FDP auf.

Das Plebiszit soll die Stadt München, die gemeinsam mit dem Freistaat den Bau eines zweiten Innenstadttunnels vorantreibt, auf Südringkurs zwingen. Die Kommune müsse, so zitiert Kantke die geplante Fragestellung, "alle juristischen Mittel gegen den Bau eines zweiten S-Bahn-Tunnels ausschöpfen" und stattdessen für das "Südring light"-Modell eintreten - also das Konzept Kantke/Baumgartner/Schwarz, das nach Schätzungen seiner Ersteller rund 600 Millionen Euro kosten soll. Der komplette viergleisige Ausbau der Strecke, wie ihn viele Südringfans bevorzugen, soll lediglich als Zukunftsoption in die Frage mitaufgenommen werden. Ob ein solches Vorgehen tatsächlich von allen Mitgliedern der Anti-Tunnel-Fraktion mitgetragen wird, steht noch nicht fest. Gerade bei den Grünen gibt es gewichtige Stimmen, die nur einen Vollausbau für eine gleichwertige Alternative zu den offiziellen Tunnelplanungen halten.

Entschieden wäre freilich auch durch ein erfolgreiches Bürgerbegehren noch nichts. Denn für die S-Bahn ist der Freistaat zuständig, der Stadt kommt derzeit nur die Rolle des wohlwollenden Beobachters zu. Allerdings hat Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) schon mehrfach darauf hingewiesen, dass er die Fehler der Vorgängerregierung beim Transrapid nicht wiederholen und deshalb kein Münchner Projekt gegen den Willen der Stadt durchdrücken will. Ohnehin hätte ein Erfolg des Bürgerentscheids schwerwiegende Folgen - denn der Fragetext zwingt die Kommune geradezu vor Gericht.

Wie sich die Rathausfraktionen positionieren, ist noch nicht abschließend entschieden - der Planungsausschuss soll am 29. April über die S-Bahn-Stammstrecke abstimmen. Stadtbaurätin Elisabeth Merk empfiehlt die Fortführung des eingeschlagenen Kurses. Der Tunnel hatte bisher stets eine große Mehrheit von SPD und CSU. Zumindest bei der SPD soll das auch so bleiben. "Wir werden ein Bürgerbegehren mit Sicherheit nicht unterstützen", erklärt Fraktionschef Alexander Reissl. Spätestens im großen S-Bahn-Hearing vor einigen Wochen sei klar geworden, dass die Tunnelbefürworter die besseren Argumente haben. Die Kostenschätzungen für einen Ausbau des Südrings seien unseriös, und das hochkomplexe Fahrplankonstrukt "funktioniert vermutlich nicht".

Quelle: Süddeutsche Zeitung

